

Die US-Regierung hat über von ihr finanzierte NGOs kräftig an der Vorbereitung der "spontanen Volksaufstände" in arabischen Ländern mitgewirkt, berichtet die NEW YORK TIMES.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 067/11 – 16.04.11

US-Organisationen haben die Aufstände in den arabischen Ländern vorbereitet

By Ron Nixon

THE NEW YORK TIMES, 14.04.11

([http://www.nytimes.com/2011/04/15/world/15aid.html?
_r=1&nl=todaysheadlines&emc=globaleua2](http://www.nytimes.com/2011/04/15/world/15aid.html?_r=1&nl=todaysheadlines&emc=globaleua2))

WASHINGTON – Während die USA Milliarden Dollars für Militärprogramme in anderen (vor allem arabischen) Ländern und für Antiterrorismus-Kampagnen ausgegeben haben, hat ein harter Kern von der US-Regierung finanzierter Organisationen in autoritären arabischen Staaten gleichzeitig die Demokratie gefördert.

Für diese Förderprogramme wurde nur ein Bruchteil des Geldes aufgewendet, das für die Bemühungen des Pentagons ausgegeben werden musste. Im Rückblick auf die Aufstände des arabischen Frühlings mussten Offizielle aus den USA und aus anderen Ländern aber erkennen, dass die US-Unterstützung zur Errichtung von Demokratien eine größere Rolle beim Anfachen von Protesten spielten, als bisher bekannt war; die Schlüsselfiguren der Aufstandsbewegungen lernten von US-Amerikanern, wie man mit Hilfe neuer Medien (wie dem Internet) Kampagnen in Gang setzen und Wahlen beeinflussen kann.

Aus Interviews, die in den letzten Wochen geführt wurden, und aus von WikiLeaks veröffentlichten Diplomaten-Depeschen geht hervor, dass eine Reihe von Gruppen und Personen, die direkt an der Auslösung der Revolten und Reformbestrebungen in arabischen Ländern beteiligt waren, von US-Organisationen unterstützt wurden und Geld erhielten; die April 6 Youth Movement (die Jugendbewegung des 6. April, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Jugendbewegung_des_6._April) in Ägypten, das Bahrain Center for Human Rights (das Zentrum für Menschenrechte in Bahrain, s. dazu http://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_in_Bahrain_2011) und Graswurzel-Aktivistinnen wie Entsar Qadhi, eine jemenitische Jugendführerin, wurden ausgebildet und finanziert von US-Organisationen wie dem International Republican Institute (s. http://www.mein-partebuch.com/wiki/International_Republican_Institute), dem National Democratic Institute (s. http://en.wikipedia.org/wiki/National_Democratic_Institute_for_International_Affairs und <http://www.mein-partebuch.com/wiki/NED>) und von Freedom House, einer gemeinnützigen Menschenrechtsorganisation in Washington (s. http://www.mein-partebuch.com/wiki/Freedom_House).

Die Arbeit dieser Gruppierungen provozierte häufig Spannungen zwischen den USA und mehreren politischen Führern im Mittleren Osten; wie aus Diplomaten-Depeschen hervorgeht, beklagten sich diese häufig darüber, dass ihre Herrschaft dadurch untergraben werde.

Das Republican und das Democratic Institute unterhalten lose Verbindungen zu der Republikanischen und der Demokratischen Partei. Sie wurden vom US-Kongress geschaffen

und werden von der National Endowment for Democracy (der Nationalen Stiftung für Demokratie, s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Endowment_for_Democracy) finanziert, die 1983 zur Förderung der Demokratie in Entwicklungsländern gegründet wurde. **Die National Endowment for Democracy erhält jährlich etwa 100 Millionen Dollar vom US-Kongress. Freedom House wird größtenteils von der US-Regierung finanziert – hauptsächlich vom Außenministerium.**

Niemand sollte daran zweifeln, dass die Aufstände in den arabischen Ländern von Einheimischen ausgelöst wurden, obwohl einige führende Politiker im Mittleren Osten behaupten, sie seien "durch ausländische Einflussnahme" angezettelt worden.

"Wir haben diese Bewegungen nicht deshalb finanziell unterstützt, damit sie zu protestieren beginnen, wir haben ihnen nur bei der Entwicklung ihrer Fertigkeiten und bei der Gründung von Netzwerken geholfen," erklärte Stephen McInerney, der verantwortliche Direktor des Project on Middle East Democracy (des Projektes für Demokratie im Mittleren Osten, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Project_on_Middle_East_Democracy), einer Förderungs- und Forschungseinrichtung mit Sitz in Washington "Diese Ausbildung hat natürlich bei dem, was passierte, eine Rolle gespielt, aber es war ihre eigene Revolution. Wir haben sie nicht ausgelöst."

Einige ägyptische Jugendliche in Führungspositionen haben 2008 ein Technologie-Seminar in New York besucht, in dem sie lernten, soziale Netzwerke und mobile Technologien zur Förderung der Demokratie einzusetzen. Unter den Förderern des Seminars waren Facebook, Google, (der US-TV-Sender) MTV, die Juristische Fakultät der Columbia University und das US-Außenministerium.

"Wir lernten, wie man Koalitionen organisiert," erläuterte Bashem Fathy, einer der Gründer der Jugendbewegung, die bei dem Aufstand in Ägypten eine treibende Rolle spielte. Fathy, der von Freedom House ausgebildet wurde, ergänzte: "Das hat uns während der Revolution sicher geholfen."

Frau Qadhi, die jemenitische Jugendaktivistin, hat an einer US-Ausbildung im Jemen teilgenommen.

"Das hat mir sehr geholfen!, weil ich vorher gedacht habe, Änderungen könnten nur gewaltsam und mit Waffen erzwungen werden," meinte sie.

Damals sei ihr klar geworden, dass Veränderungen auch mit friedlichen Protesten und anderen gewaltlosen Mitteln herbeigeführt werden können.

Einige Mitglieder von Aktivisten-Gruppen beklagten sich in Interviews über das Doppelspiel, das die US-Regierung getrieben habe, weil sie in der gleichen Zeit, in der sie ihnen beibringen ließ, wie Änderungen zu erreichen seien, weiter die Regierungen unterstützte, deren Politik sie ändern wollten.

"Wir freuten uns über die Ausbildung, die wir von NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) erhielten, die von der US-Regierung finanziert werden, weil sie uns wirklich in unseren Kämpfen geholfen hat, mussten aber leider feststellen, dass die US-Regierung gleichzeitig auch die staatlichen Geheimdienst-Agenten ausbildete, die für die Verfolgung und Einkerkering vieler unserer Mitstreiter verantwortlich waren," beklagte Fathy, der ägyptische Aktivist.

Interviews mit Vertretern der NGOs und Informationen aus von WikiLeaks veröffent-

lichten Diplomaten-Depeschen belegen, dass die Programme zur Unterstützung der Demokratisierung immer wieder die Ursache für Spannungen zwischen der US-Regierung und den Regierungen vieler arabischer Staaten waren.

Aus den Depeschen geht hervor, dass vor allem Herrscher im Mittleren Osten und in Nordafrika diese Aktivisten-Gruppen mit tiefem Misstrauen beobachteten und versuchten, sie zu schwächen. Heute dient die Arbeit dieser Gruppen als Begründung für die Behauptung gefährdeter Regierungen, der Westen stecke hinter den Aufständen, und einige Offizielle weisen darauf hin, dass führende Personen wie Frau Qadhi von den USA ausgebildet und bezahlt wurden.

Aus Diplomaten-Depeschen ist zu ersehen, dass US-Offizielle skeptischen (arabischen) Regierungen häufig versicherten, mit der Ausbildung von Aktivisten sollten Reformen gefördert und nicht Revolutionen angezettelt werden.

Trotzdem wurde zum Beispiel im letzten Jahr einige Monate vor den Wahlen in Bahrain einem Repräsentanten des National Democratic Institute die Einreise in das Land verweigert.

In einer Depesche vom Januar 2010 wird berichtet, Vertreter der Regierung Bahrains hätten sich darüber beschwert, dass von der politischen Ausbildung der Aktivisten "vor allem die Opposition profitiere".

Im Jemen, wo die USA Millionen Dollars für ein Antiterrorismus-Programm ausgegeben haben, bezeichneten Offizielle die US-Bemühungen zur Förderung der Demokratie als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Jemen".

Aber nirgendwo war die Ablehnung der von den USA ausgebildeten Aktivisten-Gruppen stärker als in Ägypten.

Ägypten, dessen Regierung von den USA jährlich 1,5 Milliarden Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe erhielt, beobachtete die Bemühungen um politische Änderungen mit tiefem Misstrauen und sogar mit Empörung.

Hosni Mubarak, der damalige Präsident Ägyptens, betrachte "die Rolle der USA bei der Förderung demokratischer Bestrebungen sehr skeptisch", heißt es in einer Diplomaten-Depesche aus der US-Botschaft in Kairo vom 9. Oktober 2007.

Anfangs haben die USA den politischen Reformgruppen das Geld über die ägyptische Regierung zukommen lassen.

Aber ab 2005 wurde auf Verfügung des damaligen US-Präsidenten Bush den Aktivisten-Gruppen das Geld direkt zugeleitet – zum großen Ärger der ägyptischen Regierung.

In einer Depesche vom September 2006 wird berichtet, dass sich Mahmoud Nayel, ein Vertreter des ägyptischen Außenministeriums, bei der US-Botschaft über das "arrogante Taktieren der US-Regierung bei der Förderung von Reformern in Ägypten" beschwerte.

Die Beschwerden Ägyptens richteten sich vor allem gegen die Republican and Democratic Institutes. Aus Diplomaten-Depeschen geht hervor, dass sich ägyptische Offizielle hauptsächlich über die US-Unterstützung für "illegale Gruppierungen" beklagten.

Gamal Mubarak, der Sohn des ehemaligen Präsidenten, war nach Aussagen in einer Depesche vom 20. Oktober 2008 "sehr gereizt wegen der direkten Finanzhilfe der US-Regierung für ägyptische NGOs".

Die ägyptische Regierung bat Organisationen wie Freedom House sogar darum, die Zusammenarbeit mit einheimischen Politik-Aktivisten und Menschenrechtsgruppen einzustellen.

"Sie fragten ständig: Warum arbeitet ihr mit diesen Gruppen zusammen? Sie haben keinerlei Bedeutung. Sie verbreiten nur politische Parolen," erklärte Sherif Mansour, ein führender ägyptischer Mitarbeiter bei den Programmen, die Freedom House für den Mittleren Osten und Nordafrika durchführte.

Als ihre Appelle an die US-Regierung keine Wirkung zeigten, reagierten die ägyptischen Behörden mit einer Einschränkung der Aktivitäten der NGOs aus den USA.

Hotels, in denen Seminare stattfinden sollten, wurden wegen Renovierung geschlossen, Führende Gruppenmitglieder wurden verfolgt, und einheimische Aktivisten wurden eingeschüchtert und eingesperrt. Staatliche Zeitungen beschuldigten Aktivisten, Geld von US-Geheimdiensten zu erhalten.

Die enge Zusammenarbeit mit US-Organisationen wurde einigen Anführern sogar von ihren eigenen Gruppen übel genommen. Aus einer Diplomaten-Depesche geht hervor, dass sich Führer der ägyptischen Jugendbewegung des 6. April im Jahr 2009 bei der US-Botschaft darüber beklagten, dass einige Mitglieder dieser Gruppe Ahmed Maher, einen der Anführer des Aufstandes im Januar, und andere führende Personen in einem Scheinprozess "des Verrates" beschuldigten – wegen ihrer engen Verbindungen zu Freedom House, das militante Mitglieder der Bewegung als "zionistische Organisation" bezeichnet hätten.

Ein angesehenen Blogger hat nach Angaben in der Depesche sogar damit gedroht, die Information über die Verbindungen der Anführer der Bewegung zu Freedom House über seinen Blog bekannt zu machen.

Es gibt keine Belege dafür, dass er das tatsächlich getan hat, und in einer späteren Depesche wird darüber berichtet, dass die Bewegung die Mitglieder ausgeschlossen hat, die sich über Maher und andere Anführer beklagt hatten.

Wegen der Einsprüche der ägyptischen Regierung verlegten einige oppositionelle Gruppen ihre Seminar in Staaten wie Jordanien oder Marokko, die ihnen freundlicher gesinnt waren. Sie schickten ihre Aktivisten auch zur Ausbildung in die USA.

(Wir haben den Artikel, der starke Zweifel an den angeblich "spontanen Volksaufständen" in arabischen Ländern aufkommen lässt, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Vermutlich wollten die USA mit der Unterstützung ihnen genehmer Oppositioneller verhindern, dass ihre treuen Vasallen an der Spitze arabischer Länder von Unzufriedenen weggefegt werden, die sich nicht nur der US-Marionetten, sondern auch des US-Jochs entledigen wollten. Deshalb hat sich die US-Regierung ihre eigenen "Revolutionäre" herangezogen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

April 14, 2011

U.S. Groups Helped Nurture Arab Uprisings

By RON NIXON

WASHINGTON — Even as the United States poured billions of dollars into foreign military programs and anti-terrorism campaigns, a small core of American government-financed organizations were promoting democracy in authoritarian Arab states.

The money spent on these programs was minute compared with efforts led by the Pentagon. But as American officials and others look back at the uprisings of the Arab Spring, they are seeing that the United States' democracy-building campaigns played a bigger role in fomenting protests than was previously known, with key leaders of the movements having been trained by the Americans in campaigning, organizing through new media tools and monitoring elections.

A number of the groups and individuals directly involved in the revolts and reforms sweeping the region, including the April 6 Youth Movement in Egypt, the Bahrain Center for Human Rights and grass-roots activists like Entsar Qadhi, a youth leader in Yemen, received training and financing from groups like the International Republican Institute, the National Democratic Institute and Freedom House, a nonprofit human rights organization based in Washington, according to interviews in recent weeks and American diplomatic cables obtained by WikiLeaks.

The work of these groups often provoked tensions between the United States and many Middle Eastern leaders, who frequently complained that their leadership was being undermined, according to the cables.

The Republican and Democratic institutes are loosely affiliated with the Republican and Democratic Parties. They were created by Congress and are financed through the National Endowment for Democracy, which was set up in 1983 to channel grants for promoting democracy in developing nations. The National Endowment receives about \$100 million annually from Congress. Freedom House also gets the bulk of its money from the American government, mainly from the State Department.

No one doubts that the Arab uprisings are home grown, rather than resulting from "foreign influence," as alleged by some Middle Eastern leaders.

"We didn't fund them to start protests, but we did help support their development of skills and networking," said Stephen McInerney, executive director of the Project on Middle East Democracy, a Washington-based advocacy and research group. "That training did play a role in what ultimately happened, but it was their revolution. We didn't start it."

Some Egyptian youth leaders attended a 2008 technology meeting in New York, where they were taught to use social networking and mobile technologies to promote democracy. Among those sponsoring the meeting were Facebook, Google, MTV, Columbia Law School and the State Department.

"We learned how to organize and build coalitions," said Bashem Fathy, a founder of the youth movement that ultimately drove the Egyptian uprisings. Mr. Fathy, who attended training with Freedom House, said, "This certainly helped during the revolution."

Ms. Qadhi, the Yemeni youth activist, attended American training sessions in Yemen.

“It helped me very much because I used to think that change only takes place by force and by weapons,” she said.

But now, she said, it is clear that results can be achieved with peaceful protests and other nonviolent means.

But some members of the activist groups complained in interviews that the United States was hypocritical for helping them at the same time that it was supporting the governments they sought to change.

“While we appreciated the training we received through the NGOs sponsored by the U.S. government, and it did help us in our struggles, we are also aware that the same government also trained the state security investigative service, which was responsible for the harassment and jailing of many of us,” said Mr. Fathy, the Egyptian activist.

Interviews with officials of the nongovernmental groups and a review of diplomatic cables obtained by WikiLeaks show that the democracy programs were constant sources of tension between the United States and many Arab governments.

The cables, in particular, show how leaders in the Middle East and North Africa viewed these groups with deep suspicion, and tried to weaken them. Today the work of these groups is among the reasons that governments in turmoil claim that Western meddling was behind the uprisings, with some officials noting that leaders like Ms. Qadhi were trained and financed by the United States.

Diplomatic cables report how American officials frequently assured skeptical governments that the training was aimed at reform, not promoting revolutions.

Last year, for example, a few months before national elections in Bahrain, officials there barred a representative of the National Democratic Institute from entering the country.

In Bahrain, officials worried that the group’s political training “disproportionately benefited the opposition,” according to a January 2010 cable.

In Yemen, where the United States has been spending millions on an anti-terrorism program, officials complained that American efforts to promote democracy amounted to “interference in internal Yemeni affairs.”

But nowhere was the opposition to the American groups stronger than in Egypt.

Egypt, whose government receives \$1.5 billion annually in military and economic aid from the United States, viewed efforts to promote political change with deep suspicion, even outrage.

Hosni Mubarak, then Egypt’s president, was “deeply skeptical of the U.S. role in democracy promotion,” said a diplomatic cable from the United States Embassy in Cairo dated Oct. 9, 2007.

At one time the United States financed political reform groups by channeling money through the Egyptian government.

But in 2005, under a Bush administration initiative, local groups were given direct grants, much to the chagrin of Egyptian officials.

According to a September 2006 cable, Mahmoud Nayel, an official with the Egyptian Ministry of Foreign Affairs, complained to American Embassy officials about the United States government's "arrogant tactics in promoting reform in Egypt."

The main targets of the Egyptian complaints were the Republican and Democratic institutes. Diplomatic cables show that Egyptian officials complained that the United States was providing support for "illegal organizations."

Gamal Mubarak, the former president's son, is described in an Oct. 20, 2008, cable as "irritable about direct U.S. democracy and governance funding of Egyptian NGOs."

The Egyptian government even appealed to groups like Freedom House to stop working with local political activists and human rights groups.

"They were constantly saying: 'Why are you working with those groups, they are nothing. All they have are slogans,' " said Sherif Mansour, an Egyptian activist and a senior program officer for the Middle East and North Africa at Freedom House.

When their appeals to the United States government failed, the Egyptian authorities reacted by restricting the activities of the American nonprofit organizations.

Hotels that were to host training sessions were closed for renovations. Staff members of the groups were followed, and local activists were intimidated and jailed. State-owned newspapers accused activists of receiving money from American intelligence agencies.

Affiliating themselves with the American organizations may have tainted leaders within their own groups. According to one diplomatic cable, leaders of the April 6 Youth Movement in Egypt told the American Embassy in 2009 that some members of the group had accused Ahmed Maher, a leader of the January uprising, and other leaders of "treason" in a mock trial related to their association with Freedom House, which more militant members of the movement described as a "Zionist organization."

A prominent blogger, according to a cable, threatened to post the information about the movement leaders' links to Freedom House on his blog.

There is no evidence that this ever happened, and a later cable shows that the group ousted the members who were complaining about Mr. Maher and other leaders.

In the face of government opposition, some groups moved their training sessions to friendlier countries like Jordan or Morocco. They also sent activists to the United States for training.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern